



Frankreich – Info

Herausgeber : Französische Botschaft
- Presse- und Kommunikationsabteilung -
Pariser Platz 5 - 10117 Berlin
info@ambafrance-de.org
www.ambafrance-de.org

11/04/2014

Wahrheit, Effizienz, Vertrauen

Regierungserklärung von Premierminister Manuel Valls Paris, 8. April 2014

Es gilt das gesprochene Wort

Herr Präsident,
meine Damen und Herren Abgeordnete,

zu viel Leid, zu wenig Hoffnung – so ist die Situation in Frankreich.

Und im Bewusstsein dieser Tatsache stehe ich hier vor Ihnen.

Die Franzosen schauen auf uns. Sie erwarten viel von uns. Und es ist meine Aufgabe, ihren Ansprüchen gerecht zu werden.

Durch ihre Abstimmung bzw. ihre historische Enthaltung bei den letzten Kommunalwahlen haben sie ihre Enttäuschung, ihren Zweifel, ihre Unzufriedenheit und manchmal ihre Wut zum Ausdruck gebracht. Sie haben ihre Angst vor der Zukunft geäußert; ihrer Zukunft und der ihrer Kinder. Und dann der Ärger, wenn zu dem schon zu niedrigen Gehalt noch die zu hohen Steuern hinzukommen. Nicht zuletzt haben sie ihrem Durst nach Gerechtigkeit Ausdruck verliehen.

Ich habe ihre Stimme gehört. Ich habe auch ihr Schweigen vernommen.

Sie haben sich gegen die politische Ohnmacht ausgesprochen. Sie wollen konkrete Ergebnisse in Sachen Beschäftigung, Bekämpfung von Prekarität und hohen Lebenshaltungskosten.

Diese sehr deutliche Botschaft hat der Staatspräsident verstanden. Er hat die politischen Lehren daraus gezogen.

Und in dem Bewusstsein der Verantwortung, die der Staatschef mir übertragen hat, stehe ich hier vor Ihnen, um eine neue Etappe in der fünfjährigen Amtszeit zu eröffnen.

Ich möchte an dieser Stelle Jean-Marc Ayrault würdigen. Er hat 22 Monate lang mit Loyalität und Staatsbewusstsein gehandelt. Ich war stolz, sein Innenminister zu sein – als Sozialist, als Republikaner und als Patriot.

Unter ganz anderen Umständen hat uns vor 60 Jahren hier von diesem Rednerpult aus ein anderer den Weg gewiesen. Das Motto von Pierre Mendès-France – die Wahrheit sagen – nimmt mich, nimmt uns in die Pflicht. Die Wahrheit – das ist der erste Grundsatz der Demokratie.

Ich werde den Franzosen also die Wahrheit sagen. Das bin ich ihnen schuldig.

Die Wahrheit über die Notlage unseres Landes. Die Wahrheit in Bezug auf die Lösungen, die notwendig sind.

Frankreich steht an einem Punkt seiner Geschichte, wo es sich auf das Wesentliche konzentrieren muss.

Und das Wesentliche heißt, den Franzosen wieder Vertrauen in ihre Zukunft zu vermitteln.

Das Wesentliche sagen, um wieder zum Wesentlichen zu finden: zum Vertrauen der Franzosen. Darum geht es mir hier.

Meine Damen und Herren Abgeordnete,
die Realität ist, wie sie ist, man muss ihr nur furchtlos ins Auge blicken.

Ich habe die Rentner getroffen und mit ihnen gesprochen, die nach einem mühevollen Leben mit einer mageren Rente auskommen müssen; ich habe die Arbeiter gesehen, die schon zu lange darauf warten, wieder arbeiten zu können; die Arbeitnehmer in prekären Arbeitsverhältnissen, deren Alltag nicht die Arbeit, sondern das Überleben ist; die kleinen und mittleren Unternehmer, die Handwerker, die Händler, die nur von einem Gedanken getrieben sind, nämlich ihren Betrieb und damit ihre Mitarbeiter zu retten; die Bauern auf ihren Höfen, die mit Schulden und auch mit einer Form von Einsamkeit konfrontiert sind.

Ich habe diese verschlossenen Gesichter gesehen, Menschen mit zusammengepressten Lippen, denen das Wasser bis zum Hals steht.

Sagen wir es, wie es ist: Viele unserer Mitbürger glauben nicht mehr daran. Sie hören uns nicht mehr. Die öffentlichen Reden sind für sie wie tote Sprachen. Die Gegenwart ist nicht zuverlässig, die Zukunft ist nicht einschätzbar. Wenige Franzosen fühlen sich geschützt. Sie sagen sich, es fehlt nicht viel, um zu verlieren, was sie für sich und ihre Kinder aufgebaut haben.

Das ist die quälende Angst vor dem Abstieg!

Doch die wirtschaftliche und soziale Krise allein erklärt nicht die Vertrauenskrise. Es gibt auch eine staatsbürgerliche Krise, eine Identitätskrise.

In einer sich so schnell bewegenden Welt zweifeln die Franzosen daran, dass unser republikanisches Modell in der Lage ist, zu fördern, zu schützen, zu integrieren.

Daher wird die Versuchung, sich zurückzuziehen, überall größer; auf dem Land, in den Vorstädten, aber auch in unseren Städten, die durch die Existenz von Parallelgesellschaften zerrissen sind, und die Vorstellung, zu ein und derselben Nation zu gehören, wird verdrängt.

Wir erleben außerdem eine Zunahme des Rassismus, des Antisemitismus und der Intoleranz. Und anti-jüdische, anti-muslimische, anti-christliche, homophobe Worte und Taten müssen mit derselbem Entschlossenheit bekämpft werden.

Unsere Gesellschaft ist von Gewalt durchzogen. Es gibt die Terrorgefahr, die sich überall in der Welt ausgebreitet hat und die schwer auf unseren Demokratien lastet. Es gibt aber vor allem die alltägliche Gewalt. Dieses Phänomen ist nicht neu: Angriffe auf Personen nehmen seit 30 Jahren beständig zu. Neu ist, dass die Kriminalität sich in Gegenden verlagert – ich denke an mittlere Städte, an Dörfer –, die sich bisher davon verschont fühlten. Unsere sozialen Brennpunkte werden vom Drogenhandel beherrscht, der einen Teil unserer Jugend verdirbt und aus Gewinnstreben versucht, eine andere Ordnung als die republikanische durchzusetzen. Die Zunahme von Einbrüchen in den letzten fünf Jahren ist größtenteils verantwortlich für das gesteigerte Gefühl der Unsicherheit. Bestohlen zu werden, vor allem, wenn man wenig hat, bringt tiefsitzende Traumata mit sich. Und dann sind da noch all diese Übergriffe, die Provokationen und das Imponiergehabe, die gegen Autoritäten gerichtet sind und den Menschen das Leben schwer machen. All das beeinflusst die Stimmung im Land.

Wahrheit also! Das Schlimmste wäre, die Augen davor zu verschließen.

Meine Damen und Herren Abgeordnete,
an erster Stelle schulde ich den Franzosen Effizienz. Deshalb habe ich eine kompakte, verkleinerte, solidarische Regierungsmannschaft zusammengestellt.

Solidarisch, aber auch paritätisch! Weil die Gleichheit zwischen Frauen und Männern der Kernpunkt jeder modernen Gesellschaft ist.

Dann schulde ich den Franzosen Aufrichtigkeit.

Aufrichtigkeit – das heißt: erklären.

Ich glaube, wir – alle hier! – haben den Anstrengungen und Opfern, die die Franzosen seit Jahren bringen, nicht genug Sinn gegeben.

Die Welt, in der Frankreich agiert und seinen Platz hält, ist eine Welt voller Gelegenheiten, aber auch eine harte, ungerechte und manchmal gewalttätige Welt.

In einer globalisierten Wirtschaft sind unsere Unternehmen mit einer weltweiten Konkurrenz konfrontiert, die ihnen nichts schenkt. Man muss sie also schützen. Dasselbe gilt für unsere Kultur, die wir stützen und auch verteidigen müssen, weil sie einzigartig ist.

Unsere Welt, das ist auch das digitale Zeitalter, das die Menschen miteinander verbindet und den Austausch von Wissen, Waren und Dienstleistungen beschleunigt.

Und deshalb ist die digitale Kluft weit mehr als eine technische Kluft; sie ist eine wirtschaftliche, soziale und kulturelle Kluft!

Angesichts all dieser Veränderungen haben wir keine andere Wahl als uns auf Stand zu bringen. Auf den höchsten Stand. Und unsere Verantwortung zu übernehmen, indem wir unsere Attaktivität, unsere Wettbewerbsfähigkeit und unsere Kreativität steigern. Und dann müssen wir auch auf die Welt zugehen, um unseren Außenhandel, unseren Tourismus, unsere Technologie und unsere Exzellenz in vielen Bereichen zu stärken; das ist der Sinn und Zweck unserer Wirtschaftsdiplomatie.

Unsere Stimme, die Stimme des Staatschefs, unsere Diplomatie, unsere Streitkräfte werden geachtet. Und ich will an dieser Stelle unsere Soldaten würdigen, die in Mali, in Zentralafrika und anderswo im Einsatz sind, um Frieden und Sicherheit zu gewährleisten. Und ich akzeptiere nicht die ungerechtfertigten Anschuldigungen, die den Eindruck vermitteln können, Frankreich wäre an einem Genozid in Ruanda beteiligt gewesen, während es ihm stets zu Ehre gereicht, Kriegführende auseinanderzubringen.

Meine Damen und Herren Abgeordnete,
nichts ist möglich, ohne dass man zuhört und miteinander spricht.

Und weil Jean-Louis Borloo ein Mann des Dialogs ist, möchte ich ihn hier würdigen und ihm meine besten Genesungswünsche übermitteln.

Eine starke Demokratie – das ist ein Parlament, das geachtet wird.

Die Verfassung unserer Fünften Republik, die mir sehr am Herzen liegt, bringt die Dinge auf den Punkt: Die Exekutive gibt den Kurs vor, das Parlament „beschließt die Gesetze. Es kontrolliert die Arbeit der Regierung. Es evaluiert die öffentliche Politik“.

In Ihnen, den gewählten Vertretern der Nation, findet die nationale Souveränität Ausdruck.

Ich kenne die Erwartungen der parlamentarischen Mehrheit, ich teile sie und ich will mit ihr an den Grundlagen eines Vertrags arbeiten, der uns gegenseitig in die Pflicht nimmt. Ich will eine leistungsfähige Arbeitsweise mit den Sozialisten, den Radicaux de gauche und auch mit den grünen Abgeordneten festlegen.

Und ich sage der GDR-Fraktion, dass ich keine Gegner im linken Lager habe und dass wir bei vielen Themen im Interesse Frankreichs gemeinsam vorankommen können.

Regieren heißt, der gesamten nationalen Vertretung, also auch der Opposition, zuzuhören.

Regieren heißt nicht, den Sieg des einen Lagers über das andere anzustreben. Die Opposition hat die Kommunalwahlen gewonnen. Sie trägt also Verantwortung gegenüber den Franzosen. Ich will ihr zuhören. Ich werde den Vorsitzenden der UMP- und der UDI-Fraktion gleich für nächste Woche ein Treffen vorschlagen.

Dialog – das ist auch der soziale Dialog. Er hat in den letzten beiden Jahren bedeutende Fortschritte in Sachen Beschäftigung, Arbeitsmarkt, Berufsausbildung, Renten ermöglicht und muss fortgesetzt werden. Ich werde die Sozialpartner gleich am Freitag treffen.

Der Anspruch auf Dialog gilt auch für die lokalen Mandatsträger. Mir ist bewusst, welche Rolle sie für den sozialen Zusammenhalt spielen und auch für die Dynamik und die Attraktivität unserer Wirtschaft.

Und nicht zuletzt will ich auch den direkten Dialog vor Ort mit den Franzosen.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, wir müssen zum Wesentlichen vordringen. Und das Wesentliche ist Frankreich! Seine Zukunft, seine Jugend, seine Stärke.

Wenn wir wollen, dass Frankreich eine Nation bleibt, die ihr Schicksal in der Hand behält, dann müssen wir ihm seine wirtschaftliche Stärke, die es in den letzten zehn Jahren verloren hat, zurückgeben. Also muss in Frankreich produziert werden, muss in Frankreich die Wertschöpfung befördert werden, müssen in Frankreich auf Dauer Arbeitsplätze geschaffen werden. Damit die Massenarbeitslosigkeit zurückgeht.

Darauf zielt der Pakt für Verantwortung ab, den der Staatspräsident vorgeschlagen hat.

Die Arbeitslosigkeit betäubt unser Land seit Jahrzehnten. Sie wird seit 2008 Monat für Monat schlimmer: 1,3 Millionen Arbeitsuchende zusätzlich in sechs Jahren, bis es uns Ende 2013 gelungen ist, das Tempo zu drosseln.

Die Beschäftigungspolitik, die wir seit 22 Monaten mit Blick auf die jungen Menschen führen, hat Ergebnisse gebracht: Es gibt heute weniger junge Arbeitslose als vor einem Jahr. Aber das ist nicht genug!

Ohne ein stärkeres Wachstum werden wir nichts erreichen. Und Wachstum lässt sich nicht verordnen. Man muss Wachstum pragmatisch und entschlossen anregen.

Ohne Wachstum kein Vertrauen, und ohne Vertrauen kein Wachstum.

Ich sage es ohne Umschweife: Wir brauchen unsere Unternehmen, alle unsere Unternehmen, unsere KMU, unsere Start-ups, unsere Handwerker, unsere Vereinigungen und Genossenschaften. Aktiv sein, schaffen, Risiken eingehen, einstellen: Zu solchen positiven Schritten will ich ermutigen, weil sie unserem Land guttun.

Lassen wir Argwohn, Befindlichkeiten, Zerrbilder hinter uns.

Daher grüße ich unsere Unternehmen, unsere kleinen und mittleren Betriebe, unsere Bauern, unsere Händler, die hart arbeiten, die ihren Beruf gerne ausüben und die in der Arbeit einen Wert sehen.

Unternehmen stützen heißt: Beschäftigung, Investitionen, Exporte fördern.

Ja, wir werden handeln, um die Unternehmen zu ermutigen, Forschung und Innovation zu fördern, den Arbeitsmarkt zu verbessern, die Kosten zu senken, die Verfahren zu vereinfachen und den sozialen Dialog auf allen Ebenen zu begünstigen. Und zwar anspruchsvoll, denn die Unternehmen sind ihren Führungskräften, ihren Angestellten und Arbeitern gegenüber verantwortlich. Sie sind es, die ihren Wohlstand erwirtschaften.

Die Idee des Pakts für Verantwortung und Solidarität ist einfach: Jeder muss sich für Beschäftigung einsetzen. Diese Initiative ist neu in einem Land wie unserem. Unser Land muss lernen, diese positiven, kreativen Kompromisse zu wagen. Es gibt Unterschiede in den Interessen, und es geht nicht darum, sie zu verwischen, sondern sie zu überwinden, und zwar im allgemeinen Interesse. Das ist Modernität!

Man muss diesem Pakt jetzt Gestalt geben.

Der Staatspräsident hat am 14. Januar gesagt, dass die Regierung zu diesem Pakt die Vertrauensfrage stellen würde. Das tue ich heute hier. Wie sonst wäre im Übrigen eine Regierungserklärung vorstellbar, wenn sie nicht diese Themen aufgreifen würde?

Doch es wird weitere Debatten und andere Entscheidungen geben. Ende April wird sich die Nationalversammlung mit dem Stabilitätsprogramm und der Entwicklung der öffentlichen Finanzen beschäftigen. Zu Beginn des Sommers werden sich die neuen Einsparungen, die wir vorschlagen, in einem Entwurf zum Nachtragshaushalt niederschlagen. Und es wird natürlich die entscheidende Debatte über das neue Haushaltsgesetz geben. In diesen Debatten und Entscheidungen, in denen es hauptsächlich um die Umsetzung des Pakts der Verantwortung und der Solidarität geht, werden die Abgeordneten ihre maßgebliche Rolle bei der inhaltlichen Gestaltung spielen.

Nichts kann ohne das Parlament geschehen. Ich glaube, es ist verantwortungsvoll und transparent, Ihnen, den Abgeordneten, und den Franzosen, angefangen mit dieser ersten Rede hier vor dem Parlament, die Leitlinien des Pakts der Verantwortung und der Solidarität vorzustellen.

In einer Verhandlung zwischen Sozialpartnern wurden die Verpflichtungen für die Beschäftigung festgelegt.

Jetzt ist der Moment der Entscheidung gekommen.

Da sind zunächst die Arbeitskosten.

Sie müssen sinken. Das ist einer der Hebel für Wettbewerbsfähigkeit – nicht der einzige, aber ein gewichtiger.

Die Regierung von Jean-Marc Ayrault hat den Anstoß gegeben mit der Einführung der Steuergutschrift für Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung, die in diesem Jahr 12 Milliarden und im nächsten Jahr 20 Milliarden bringen soll. Bis 2016 werden wir die Arbeitskosten um 30 Milliarden senken.

Wie? Ich lehne es ab, zwischen den Anstrengungen für die Arbeitsplätze der am geringsten Qualifizierten – die wir brauchen – und den Anstrengungen für die qualifizierten Arbeitsplätze, die unsere Wettbewerbsfähigkeit ausmachen – insbesondere in der Industrie – abzuwägen. Das eine entspricht dem dringenden Bedarf an Arbeitsplätzen, das andere der Notwendigkeit zu exportieren. Wir werden also beides tun.

- Bei den Mindestlöhnen soll der Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung zum 1. Januar 2015 vollständig gestrichen werden.

Null Abgaben für den Arbeitgeber auf Mindestlöhne.

Das ist eine richtige Revolution.

In der Folge wird der Berechnungsschlüssel für bestehende Erleichterungen auf Löhne, die zwischen dem Mindestlohn und dem 1,6-fachen des Mindestlohns liegen, abgeändert. Dafür werden wir 4,5 Milliarden Euro bereitstellen.

- Für Arbeitnehmer mit einem Gehalt bis zum 3,5-fachen des Mindestlohns, also für mehr als 90 % der Arbeitnehmer, werden die Familienbeiträge zum 1. Januar 2016 um 1,8 Prozentpunkte gesenkt. Das macht eine zusätzliche Entlastung von fast 4,5 Milliarden Euro aus. Das wird keineswegs Auswirkungen auf die Finanzierung der Familienpolitik haben, der andere kontinuierliche Einnahmen zugute kommen werden.
- Freiberufler und Handwerker, die ein Potential an Schaffung von Arbeitsplätzen darstellen, profitieren ab 2015 von einer Senkung von mehr als 3 Prozentpunkten ihrer Familienabgaben (1 Milliarde Euro).

Soviel also zu den Anstrengungen des Staates. Sie werden der Herausforderung gerecht. 30 Milliarden Senkung der Arbeitskosten, das entspricht dem Umfang der Familienabgaben, so wie es der Staatspräsident am 14. Januar angekündigt hat.

Zur Steigerung der Investitionen wird die Regierung auch bei den Steuern ansetzen.

- Zunächst durch eine Senkung einiger Steuern auf den Umsatz, wie die sogenannte C3S – der Sozial- und Solidaritätsbeitrag der Firmen –, die von 300 000 Unternehmen gezahlt wird. Sie wird innerhalb von drei Jahren ganz abgeschafft. Das schafft zusätzlich Gewinnspannen von rund sechs Milliarden Euro; davon eine Milliarde bereits 2015.
- Was die Körperschaftssteuer betrifft, so soll der „Zuschlag“ der vorangegangenen Legislaturperiode 2016 abgeschafft werden. Der normale Satz dieser Steuer soll im Übrigen 2020 auf 28 % abgesenkt werden, wobei eine erste Zwischenetappe bereits 2017 zum Tragen kommt.

Schließlich sollen mehrere Dutzend kleine komplexe und wenig ertragbringende Steuern abgeschafft werden, damit unser Steuersystem einfacher wird.

Der Staat wird seiner Verantwortung gerecht. Jetzt ist es an den Arbeitgebern, ihre Verpflichtungen einzuhalten. Sie sind in der Vereinbarung der Sozialpartner vom 5. März aufgeführt. In der Vereinbarung sind zwei große Ziele festgeschrieben:

- Die Schaffung von Arbeitsplätzen, besonders für junge Menschen und Senioren.
- Die Qualität der Arbeitsplätze, die Aus- und Weiterbildung der Arbeitnehmer, eine bessere Anerkennung von Qualifikationen.

Diese Ziele müssen im Mittelpunkt der Verhandlungen stehen, die in den nächsten Wochen in jeder Berufsbranche aufgenommen werden sollen.

Bei der großen Sozialkonferenz im Sommer kann dann gemeinsam die so freigesetzte Dynamik bewertet werden.

Der Pakt ist auch ein Pakt der Solidarität, er soll zu einer Verbesserung der Kaufkraft der unteren Lohngruppen führen.

Wenn das Nettogehalt, das am Monatsende herauskommt, höher sein soll, ist es am besten, auf die Arbeitnehmerabgaben einzuwirken. Ab 1. Januar 2015 sollen diese Abgaben für Mindestlohnempfänger sinken, damit sie netto pro Jahr 500 Euro mehr herausbekommen. Das ist fast die Hälfte eines 13. Monatsgehalts für einen Mindestlohnempfänger. Diese Entlastung für Löhne bis zum 1,3-fachen des Mindestlohns wird degressiv sein.

Im Übrigen wird meine Regierung Steuererleichterungen für einkommenschwächere Haushalte vorschlagen, besonders für die Haushalte, die in den letzten Jahren einkommensteuerepflichtig geworden sind, obwohl sich ihre Einkommenssituation nicht verbessert hat.

Die Gesamtheit der Maßnahmen für einkommenschwächere Haushalte machen bis 2017 fünf Milliarden Euro aus.

Meine Damen und Herren Abgeordnete,
Wachstum entsteht auch durch grüne Wirtschaft.

Der Energiewandel wird einer meiner Schwerpunkte sein. Er ist eine großartige wirtschaftliche Chance.

Ganz konkret senkt der Energiewandel unser Handelsdefizit und stärkt unsere Souveränität. Dank der Wirtschaftszweige, die mit dem energetischen Umbau von verbrauchsarmen Wohnungen und Fahrzeugen zusammenhängen, wird wieder Kaufkraft geschaffen. Branchen mit vielen Arbeitsplätzen werden dadurch belebt. Ich denke vor allem an das Baugewerbe.

Aber es ist auch eine ökologische Notwendigkeit.

Das Klima ist wahrscheinlich der Bereich, der am dringendsten reguliert werden muss. Frankreich ist Ende 2015 Gastgeber der großen Klimakonferenz. Es handelt sich um eine globale Herausforderung von größter Bedeutung, der wir mir einer

richtigen „Co₂-armen Strategie“ begegnen werden, die die Regierung dem Parlament vorlegen wird.

Das Ziel ist, bis 2030 unseren Verbrauch von fossilen Brennstoffen um 30 % und unsere Treibhausgasemissionen um 40 % zu reduzieren. Die Zusage des Staatspräsidenten, den Anteil der Kernenergie an der Stromproduktion bis 2025 auf 50 % zu bringen, wird eingehalten werden. Dies wird im Gesetz zum Energiewandel festgeschrieben, das dem Ministerrat noch vor dem Sommer vorgelegt werden wird. Dieses Gesetz bildet die Grundlage für unsere neue Energiepolitik.

Meine Damen und Herren Abgeordnete,

eine Voraussetzung für die wirtschaftliche Stärkung unseres Landes ist unsere finanzielle Unabhängigkeit.

Die Staatsverschuldung liegt in unserer gemeinsamen Verantwortung.

Auch da muss man die Wahrheit sagen. Lionel Jospin hatte den Schuldenstand im Jahr 2002 auf etwas über 50 % des BIP stabilisiert. 2007, als Jacques Chirac aus dem Präsidentschaftsamt schied, lag er bei 65 %. Fünf Jahre später, zum Ende der Amtszeit von Nicolas Sarkozy, war er in die Höhe geschossen, auf 90 % des Inlandprodukts. Heute beträgt die öffentliche Schuld 30 000 Euro pro Franzose. Diese Situation nimmt uns alle in die Pflicht.

In der Vergangenheit wollten die Regierungen unsere Haushalte vornehmlich durch mehrfache Steuererhöhungen sanieren. Insbesondere seit 2010. Die vorherige Regierungsmehrheit hatte ihren Anteil daran (30 Milliarden) ebenso wie die aktuelle. Die mittleren Einkommenschichten blieben von diesen Erhöhungen nicht verschont. Nun muss Schluss sein mit der steuerpolitischen Kreativität, denn sie löst bei unseren Mitbürgern wahre Ängste aus.

2012 standen wir vor einer öffentlichen Schuld, die ins Unermessliche gestiegen war, vor einem öffentlichen Defizit von über 5,2 % des BIP. Wir haben es bis Ende 2013 bereits auf 4,3 % zurückgebracht. Und wir werden diese Konsolidierung während der gesamten Amtszeit fortführen.

Ich schlage Ihnen einen anderen Weg vor, um nicht wieder auf Steuern zurückzugreifen und um die Sanierung unserer Wirtschaft zu finanzieren: 50 Milliarden Euro Einsparungen auf drei Jahre verteilt, 2015 bis 2017. Die Anstrengungen werden von allen mitgetragen. Der Staat und die staatlichen Agenturen übernehmen den größten Teil, 19 Milliarden Euro. 10 Milliarden kommen von der Krankenversicherung und weitere 10 Milliarden von den Gebietskörperschaften. Der Rest ergibt sich aus einer gerechteren, kohärenteren und verständlicheren Gestaltung unseres Sozialsystems.

Aber ich möchte auch nicht das Wachstum behindern, sonst wird unser Defizit nicht sinken und die Arbeitslosigkeit nicht abgebaut. Natürlich müssen wir unsere öffentlichen Finanzen konsolidieren, ohne jedoch die Grundlagen unseres Sozialmodells und unserer staatlichen Dienstleistungen anzutasten; das würden die Franzosen nicht akzeptieren.

Ich bin für die Einhaltung unserer Verpflichtungen, für die Haushaltsdisziplin, aber nicht für eine reine Sparpolitik!

Dieses notwendige Gleichgewicht werden wir erneut unseren europäischen Partnern erklären. Der wirtschaftliche Aufschwung ist wieder da, aber noch schwach. Wir müssen ihn nähren, ihn begleiten, wie ein aufkeimendes Feuer.

Und die Anstrengungen, die wir unternehmen – beim Defizitabbau, bei den Strukturreformen, bei der Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen, bei den Lohnnebenkosten – dürfen nicht durch einen zu hoch bewerteten Euro weggewischt werden. Er ist heute schon 10 % teurer als im Sommer 2012, was natürlich auf unseren Exporten lastet.

Die Europäische Zentralbank verfolgt eine weniger expansive Geldpolitik als ihre Schwesterbanken in Amerika, England und Japan. Und in der Eurozone ist der wirtschaftliche Aufschwung weniger stark. Ich möchte ganz direkt über dieses Thema sprechen, das auch im Mittelpunkt der baldigen Europawahlen stehen wird. Denn es ist an Europa, konkrete Antworten auf die Erwartungen der Völker zu liefern. Wesentlich ist dabei, Europa wieder auf den Wachstumspfad zu bringen – durch eine Politik der großen Investitionen, durch eine beschäftigungsfreundliche Politik, insbesondere mit Blick auf die Jugend. Sonst wären alle Anstrengungen zum Defizitabbau umsonst. Und ich möchte nicht, dass dieses großartige Abenteuer, das unseren Kontinent geeint hat, seinen Glanz und am Ende seinen Sinn verliert. Ich bin nach wie vor überzeugt, dass Frankreich nicht ohne Europa auskommt und Europa nicht ohne Frankreich. Und mir ist ein starkes deutsch-französisches Paar sehr wichtig.

Der Weg zu unserer finanziellen Unabhängigkeit führt auch über Strukturreformen. Frankreich ist bereit zu diesen Reformen und insbesondere zu der Reform der sich überlappenden Verwaltungsebenen.

Ich schlage vier große Veränderungen vor, die auch jenseits der politischen Trennlinien Konsens finden dürften:

- Die erste betrifft unsere Regionen. Sie basiert auf dem Bericht der Senatoren Yves Krattinger und Jean-Pierre Raffarin. Unsere Regionen müssen eine kritische Größe haben. So verfügen sie über alle notwendigen Hebel und Zuständigkeiten, um das Wachstum der Unternehmen zu begleiten und die lokalen Initiativen zu unterstützen.

Ich schlage vor, die Anzahl der Regionen in Kontinentalfrankreich auf die Hälfte zu reduzieren.

Bei der Art und Weise sollten wir uns auf den Sachverstand der gewählten Vertreter verlassen. Die Regionen könnten demnach vorschlagen, nach einvernehmlichen Beratungen zu fusionieren. Wenn die Vorschläge ausbleiben, wird die Regierung nach den Departement- und Regionalratswahlen im März 2015 per Gesetz eine neue regionale Aufteilung des Landes vorschlagen. Diese wird zum 1. Januar 2017 in Kraft treten.

- Mein zweites Ziel ist die interkommunale Zusammenarbeit: Im Januar 2018 wird eine neue Landkarte der interkommunalen Zusammenarbeit in Kraft treten, die auf den Alltagsbezugsräumen basiert.
- Mein drittes Ziel ist die klarere Verteilung der Zuständigkeiten. Daher schlage ich vor, die Klausel der allgemeinen Zuständigkeit abzuschaffen. So werden die Zuständigkeiten der Regionen und Departements jeweils exklusiv und spezifisch sein.
- Und schließlich ist mein letztes Ziel, eine Debatte über die Zukunft der Departementräte anzustoßen. Ich schlage vor, sie bis 2021 abzuschaffen. Mir ist bewusst, dass dies eine Veränderung großer Tragweite ist. Wir müssen vor allem auf das Gefühl des Verlassen-Werdens reagieren, das in unseren ländlichen Departements und Gebieten vorherrscht. Diese Veränderung wird eine tiefgreifende Debatte in unserem Land auslösen, an der sowohl die politischen Vertreter als auch die Bürger beteiligt sein werden. Doch es ist Zeit, die Vorsätze in Taten umzusetzen.

Es ist unverzichtbar, dass der Staat weiterhin auf dem gesamten Staatsgebiet präsent ist. Das landesweite Netz von Präfekturen und Unterpräfekturen wird nicht in Frage gestellt, aber es muss schrittweise an die neuen territorialen Gegebenheiten angepasst werden. Es garantiert allen Bürgern einen gleichberechtigten Zugang zu den staatlichen Diensten. Ich möchte an dieser Stelle alle Mitarbeiter würdigen, die dem öffentlichen Dienst ein Gesicht geben.

Meine Damen und Herren Abgeordnete,
um Frankreich wieder stark zu machen, bedarf es Gerechtigkeit.

Frankreich wird stark sein, wenn es gerecht ist.

Unsere Nation ist einzigartig: In ihr ist Stärke nicht von Gerechtigkeit trennbar. Einer unserer großen Denker, Blaise Pascal, hat es einmal gut auf den Punkt gebracht: „Gerechtigkeit ohne Stärke ist Ohnmacht. Stärke ohne Gerechtigkeit ist Tyrannei.“ Wir werden alles dafür tun, dass unser Land stark und gerecht ist.

Die Regierung, die ich führe, wird die bedürftigsten Franzosen begleiten. Auch da ganz gezielt. Der Staatspräsident hat den Weg vorgegeben. Wir müssen die wesentlichen Dinge angehen: Schule und Wohnraum. Das sind umfangreiche Themen. Ich werde daher nur auf die wichtigsten Punkte zu sprechen kommen.

In die Schule der Republik zu investieren, in ihre Lehrer und für ihre Schüler, bedeutet, dass die Republik sich wieder ihrer wichtigsten Aufgabe zuwendet: Jedes Kind – egal welcher sozialen Herkunft – muss die gleichen Chancen haben. Seit zwei Jahren sind wir mit der Reform des Schulsystems befasst: Reform der Bildungsberufe, Wiedereinführung der Ausbildungsstätten für Lehrer, Kampf gegen Schulversagen, Schwerpunkt auf die Grundschulbildung, vermehrte Einschulung von Kindern unter drei Jahren.

Die Stärkung der Schule muss fortgeführt werden.

Die Änderung des Wochenrhythmus ist eine gute Reform, denn so haben viel mehr Schüler die Möglichkeit, an außerschulischen, sportlichen, kulturellen Aktivitäten teilzunehmen, die die Erziehungsarbeit der Lehrer sinnvoll ergänzen. 93 % der

Kommunen haben das neue System bereits eingeführt. Ich habe allerdings auch die berechtigten Anmerkungen der gewählten Vertreter gehört. Dementsprechend werden die Verwaltungsvorschriften nach Durchführung der notwendigen Beratungen mit den Lehrern, Eltern und gewählten Vertretern gelockert werden.

Worauf es ankommen und was unser gemeinsames Ziel sein muss, ist der Erfolg der Schüler, in ganz Frankreich.

Zweiter Schwerpunkt: der Wohnraum.

Heute ist es notwendig, den Wohnungsbau dort anzukurbeln, wo er benötigt wird.

Um kostengünstiger und schneller mehr Wohnraum zu schaffen, müssen die Abläufe vereinfacht werden. Es werden 50 Maßnahmen zur Vereinfachung der bestehenden Regeln und Normen ergriffen, ohne dabei Einschnitte bei der Qualität und Leistung hinzunehmen. Die entsprechenden Verordnungen werden noch vor dem Sommer veröffentlicht.

Das Schaffen von Wohnraum für alle ist eine Aufgabe, die wir gemeinsam durchführen müssen, Staat, Gebietskörperschaften – links wie rechts regierte – Unternehmen, soziale und private Geldgeber.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, ich habe die Realität beschrieben. Sie nagt an der Stimmung der Franzosen. Denn was in ihren Augen fehlt, ist Selbstvertrauen. Vertrauen ist der Schlüssel zu allem. Ich möchte es durch Sie vermitteln. Aber ich suche es auch in Ihnen.

Und ich möchte den Franzosen sagen, dass sie mit klarem Blick auf sich schauen sollen, aber auch mit Stolz.

Unser Land hat Größe.

Diese Größe ist keine Nostalgie; es ist der Anspruch, der uns Generation für Generation antreibt. Denn Frankreich hat so viele Trümpfe. Unsere staatlichen Dienstleistungen, unsere Infrastrukturen, unsere großen Unternehmen, die Schönheit unserer Landschaften und unserer Dörfer. Wir haben unsere Landwirtschaft, unsere Ländlichkeit, Erbe und Moderne zugleich. Wir haben auch die unermessliche Weite unseres Meeresraumes. Und die Überseegebiete spielen – auf den fünf Kontinenten – eine wesentliche Rolle für unsere Präsenz in der Welt. Ebenso wie all unsere Mitbürger, die im Ausland leben und arbeiten.

Unser Land hat eine wundervolle Kultur. Die Frankophonie zählt über 200 Millionen Menschen in 75 Ländern auf allen Kontinenten.

Frankreich ist die fünftgrößte Weltmacht. Seine Botschaft findet Gehör, seine Stimme wird geachtet. Seine Flagge spricht direkt die Herzen der unterdrückten Völker an.

Unser Land hat Erfindergeist für Innovationen und Kreationen. Ich denke an unsere Filme und unsere Musik, die in der Lage sind, die Welt zu erobern. Ich denke auch an unsere Ärzte, Forscher, Wissenschaftler, Nobelpreisträger.

Und schließlich hat unser Land den schönsten aller Trümpfe: die Republik und ihre Grundsätze Toleranz, Solidarität, Respekt und Fortschritt. Die Republik bedeutet vor allem die gleichen Rechte und Pflichten für alle Bürger. Die Republik bedeutet Sicherheit. Die Republik bedeutet Laizismus. Das ist die Essenz unserer Nation, ihr Lebenssaft, ihre Flamme.

Frankreich ist auch ein Land der Freiheit. Die aktuelle Regierungsmehrheit hat dies gezeigt, indem sie die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare geöffnet hat. Aber ich möchte, dass Ruhe einkehrt, und dies entspricht auch dem Willen des Staatspräsidenten. Auch das macht die Linke aus. Die Linke ist sich selbst und ihren Werten treu, wenn sie es schafft, alle anzusprechen und die Menschen zusammenzuführen.

In einem Land, das von Brüchen und Gerüchten gezeichnet ist – Gerüchte etwa über die so genannte Gendertheorie, die in der Schule gelehrt werden soll – müssen alle Verfechter der Republik sich gegenseitig zuhören, aufeinander zugehen und sich nicht gegenseitig überbieten, denn davon profitieren lediglich die Extremisten.

Ich denke an die Reform des Strafrechts, die darauf abzielt, die Rückfälligkeit von Straftätern zu bekämpfen.

Ich denke an das Thema Familie, bei dem wir weiterhin einzig im Interesse des Kindes Gesetze erlassen müssen.

Ich denke an die Einwanderungs- und Asylpolitik: Zwei Gesetzentwürfe werden Ihnen bald vorgelegt. Ich denke auch an das Thema Lebensende, worüber durch die Ergänzung des Leonetti-Gesetzes ein Konsens gefunden werden kann.

Wir müssen an uns selber und an unsere Jugend glauben.

Das ist der große Schwerpunkt, den der Staatspräsident festgelegt hat. Unsere Jugend, unsere gesamte Jugend und vor allem die in den sozialen Brennpunkten, die – das weiß ich – zu oft Opfer von Diskriminierungen wird. Oft wünschen sich diese jungen Menschen eine innigere Beziehung zu Frankreich. Jenen Talenten, die denken, dass Frankreich Ihnen keinen Raum gibt, möchte ich sagen, dass Frankreich sie braucht.

Seien wir stolz darauf, Franzosen zu sein!

Frankreich ist ein Land, das immer mehr gesehen hat als nur sich selbst. Frankreich ist ein Land, das den Blick über den eigenen Tellerrand hinaus richtet. Und ich werde mich dafür stark machen, dass Frankreich weiterhin größer denkt. Denn das bedeutet, Franzose zu sein.

Als Franzose möchte man glauben, dass man viel für sich selbst und für den Rest der Welt erreichen kann. Frankreich, das ist kein dunkler Nationalismus, sondern das Licht des Universalismus. Frankreich, ja, das ist die Arroganz zu glauben, dass das, was wir hier machen, auch für den Rest der Welt gilt. Diese berühmte „französische Arroganz“, die uns unsere Nachbarn gerne nachsagen, ist eigentlich die unermessliche Großzügigkeit eines Landes, das über sich hinauswachsen will.

Frankreich besitzt die gleiche Größe wie jenes Frankreich, das ich mit Kindesaugen sah, die Größe des Sieges von Valmy, die des Jahres 1848, die Größe von Jaures, Clemenceau, de Gaulle, die Größe des Maquis. Deshalb wollte ich Franzose werden.

Das ist es also, was wir sind und was wir bleiben müssen. Machen wir Frankreich nicht kleiner, schmälern wir nicht seine Träume.

Und ich bitte Sie, mit Frankreich im Herzen, mir dieses Vertrauen entgegenzubringen.

Damit wir gemeinsam dieses Vertrauen an die Franzosen zurückgeben können!